DAS PLASTIKMEER AM RANDE EUROPAS

Hintergründe zur migrantischen Arbeit in den Gewächshäusern von Almería

Yoki

Quelle: Junta de Andalucía (2019): „Ortofotografía Digital de Andalucía 2016“

1. ERSTE EINDRÜCKE

Wer zum ersten Mal in Almería ankommt, wird die gesammelten Eindrücke so schnell nicht vergessen: Die Abwechslung zwischen kargen Bergen, einladenden Stränden sowie den weißen Plastikfolien, die die weiten Ebenen dazwischen bedecken, wirkt grotesk. Exklusive Resorts und Rückzugsorte für betuchte Tourist*innen aus dem Europäischen Norden grenzen abrupt an die öden Brachen inmitten der befremdlichen und anonymen Gewächshäuser, auf denen sich der vom Wind zusammen gehortete Abfall sammelt. Abseits der Orte und Städte, erreichbar nur über verzweigte Versorgungswege, findet man auf diesen Brachen kleine Hütten, errichtet aus dem umliegenden Unrat. In diesen sogenannten *chabolas* wohnen Menschen. Man ahnt es. Man ahnt ebenso, dass keiner dieser Menschen in den *chabolas* wohnen würde, wenn er oder sie eine Wahl hätte. Abhängig von Tages- und Jahreszeit findet man die Bewohner*innen der *chabolas* ein- und ausrücken: Auffällig Viele auf alten Fahrrädern, in notdürftig reparierten und überfüllten Autos, in zweckhafter Bekleidung. Was fällt noch auf? Keiner dieser Menschen spricht hier Spanisch. Keiner dieser Menschen ist weiß.
Noch in den 1950er Jahren gab es hier weder *chabolas* noch Gewächshäuser. Die Böden waren salzig, trocken und kaum kultivierbar. Heutige Großstädte, wie das knapp 100.000 Einwohner*innen zählende El Ejido, waren damals winzige Dörfer, kaum auf einer Karte verzeichnet.

Doch wie kam es zu diesem rasanten Wandel, der aus einer natürlichen aber unwirtlichen Wildnis das industrielle Epizentrum der europäischen Gemüseproduktion erschuf? Der aus armen Bäuer*innen teilweise wohlhabende Unternehmer*innen werden ließ und dafür ein neues Heer mittelloser Landarbeiter*innen rekrutierte?

2. HISTORISCHE ENTWICKLUNG DER AGRARINDUSTRIE IN ALMERÍA

Ausgangspunkt für diesen strukturellen Wandel war ein staatliches Programm in den 1940er bis 60er Jahren, welches die weiten trockenen Gebiete des spanischen Staates im großen Maßstab kultivierbar machen sollte. Dieses „Kolonisierungs"-programm stellte mit großen Infrastrukturprojekten wie Staudämmen und Bewässerungskanälen die Voraussetzungen, um das Land urbar zu machen. Das neu erschlossene Land wurde parzelliert und an landlose Bäuer*innenfamilien aus benachbarten Regionen vergeben. Die Regierung Francos erhoffte sich davon einerseits eine volkswirtschaftliche Produktionssteigerung in Zeiten außenpolitischer Isolation. Andererseits sollte die landlose Klasse befriedet und eine traditionalistische Vorstellung der bäuerlichen Familie befördert werden. In diesem Zuge wurde auch das damals größtenteils brachliegende Land in den Küstenebenen der Provinz Almerías unter Familien aus den abgelegenen Tälern der benachbarten Alpujarra-Berge aufgeteilt.

Eine Reihe technologischer Innovationen ermöglichte eine ungeahnte Produktivitätssteigerung auf den Feldern Almerías: Moderne Pumpanlagen zapften tiefliegende Grundwasserleiter an und stellten zusätzliches Wasser für die Bewässerung bereit; auf

die natürlich kargen Böden wurde im sogenannten „Enarenado"-Verfahren eine Schicht von künstlich hergestelltem oder andernorts abgebautem Mutterboden aufgetragen; außerdem wurde durch die Errichtung von Plastikgewächshäusern eine weitgehende Kontrolle der klimatischen Bedingungen für das Pflanzenwachstum erlangt. Im Zusammenspiel dieser Technologien war es nun möglich für verschiedenste Gemüsesorten mehrere Ernten pro Jahr einzufahren.

Nachdem Spanien 1986 der Europäischen Gemeinschaft beigetreten war und sich im wohlhabenden Norden des Kontinents große Supermarktketten im Einzelhandel hervortaten, eröffnete sich ein rasch wachsender Absatzmarkt für die Erzeugnisse der Almerienser Landwirtschaft. Der Fokus wechselte von der Versorgung des Binnenmarktes hin zur Exportwirtschaft. Es folgten knapp zwei Jahrzehnte ununterbrochenen Wachstums. Zusammen mit einem Anwachsen eines ganzen Industrieclusters, das um Gemüseanbau, -verpackung und -vermarktung entstand, erlebte die Provinz Almería, das vormalige Armenhaus Spaniens, einen beispiellosen Boom. Zur selben Zeit erlebten auch die Finanz-, Dienstleistungs- und Bauindustrien in Spanien einen großen Aufschwung. Es entstand eine Vielzahl an Arbeitsplätzen, die mit besseren Arbeitsbedingungen und Gehältern die nachwachsenden Generationen der Kleinbäuer*innenfamilien in die großen Städte lockte.

Diese Entwicklungen schufen einen rasant steigenden Bedarf an Arbeitskräften für die Verrichtung einfacher, aber schwer automatisierbarer Tätigkeiten; vor allem bei Gemüseanbau, Ernte und Abpackung. In der Region Almería machte man sich die Lage an der europäischen Außengrenze zunutze und rekrutierte seit den 90er Jahren vorwiegend Menschen vom afrikanischen Kontinent für diese Arbeiten. Auf diverse Art und Weise wurde die Situation dieser Menschen als Nicht-EU-Bürger*innen, Nicht-Weiße sowie oftmals als Nicht-Spanischsprachige und als Frauen ausgenutzt, um die Arbeitskraft als Ganze zu flexibilisieren und zu disziplinieren. Dadurch konnten Lohnkosten auf verschiedenste Weisen reduziert werden [→Arbeitsrechtsverletzungen S.25].
Die Lohnkosten bildeten den größten Anteil der Produktionskosten. Ihre Regulierung hatte somit maßgebliche Auswirkung auf die Konkurrenzfähigkeit der Produkte und des Standorts Almería auf einem globalisierten Markt.

Das weitere Wachstum des Anbaus wird seitdem zunehmend von größeren Betrieben getragen, die Anbau, Verpackung und Vermarktung unter einem Dach und oftmals einer Marke vereinen. Durch Skaleneffekte erreichen sie geringere Produktionskosten und können die Schwankungen der volatilen Marktpreise besser ausgleichen. Die Kleinbäuer*innenfamilien, die dem Wachstum einst den Weg bereiteten, können heute nur erschwert dem Preisdruck der Großabnehmer standhalten und finden sich selbst immer öfter in prekären Bedingungen wieder.

3. STRUKTURELLE ABHÄNGIGKEITEN DER MIGRANTISCHEN ARBEITER*INNEN

Neben der lokalen Nachfrage an Arbeitskräften, sehen sich die migrierenden Menschen

auch aus subjektiven Beweggründen sowie ökonomischen, sozialen oder rechtlichen Notwendigkeiten veranlasst, in die Staaten der EU einzuwandern. Den meisten Menschen werden dafür kaum legale Möglichkeiten eingeräumt. Das spanische Recht kennt jedoch Ausnahmen, die für viele Menschen die einzigen Schlupflöcher bieten, an einen legalen Aufenthaltsstatus in der EU zu gelangen.
Der sogenannte *arraigo social* (etwa „soziale Verwurzelung") sieht den Anspruch auf eine Wohn- und Arbeitserlaubnis unter folgenden Bedingungen vor:

1. Nachweis von mindestens drei Jahren illegalen Aufenthalts in Spanien,
2. Freiheit von Vorstrafen,
3. einen gültigen Arbeitsvertrag von mindestens einem Jahr.

Vorherige Arbeitsverträge oder Lohnzahlungen können dabei als Nachweis für die Aufenthaltsdauer dienen.

Eine andere Möglichkeit bieten die *contrataciones en origen* (etwa „Einstellung im Herkunftsland"): Im Rahmen von bilateralen Abkommen werden Menschen als Arbeitskräfte von lokalen Behörden und Produzenten in Nicht-EU-Ländern für die saisonale Arbeit in der spanischen Landwirtschaft rekrutiert. Sie erhalten eine vorläufige Aufenthaltserlaubnis, die auf den Ort und die Dauer des Einsatzes beschränkt ist, nach welchem sie zur Ausreise verpflichtet sind. Sie können für die Folgesaison jedoch auf Empfehlung des vormaligen Chefs wieder bevorzugt angeworben werden. Nach vier gearbeiteten Saisons besteht Anspruch auf eine Wohn- und Arbeitserlaubnis.

Sowohl der *arraigo social* als auch die *contrataciones en origen* machen die Menschen, die einen legalen Aufenthalt in Spanien anstreben, strukturell und persönlich abhängig von ihren Chef*innen und Vorgesetzten, da sie auf deren Gunst angewiesen sind, um entweder ihre Verträge zu erneuern oder um einen Vertrag abzuschließen, während sie sich noch illegal in Spanien aufhalten. Zudem sind die Menschen im Falle des *arraigo social* darauf angewiesen, einen Zeitraum von mindestens drei Jahren in der Illegalität zu leben.

Da die Region Almería und ihre lokale Industrie auf die Duldung dieser Praktiken angewiesen sind, agieren staatliche Einrichtungen tendenziell im Interesse des Unternehmertums, indem etwa die Gewerbeaufsicht und Gerichte unterbesetzt bleiben. Somit wird die staatliche Kontrolle in ihrer Wirkmächtigkeit stark eingeschränkt und das Einklagen von Rechten zu einem für die meisten Menschen zu langwierigen Unterfangen. Damit werden den Migrant*innen die wichtigsten Mittel genommen, um sich gegen Missbrauch und Entrechtung zu wehren.

4. MARGINALISIERUNG, SEGREGATION UND RASSISMUS

Auch im Alltagsleben abseits des Arbeitsplatzes werden die migrantischen Arbeiter*innen marginalisiert. Eine Wohnung in den Städten ist für Viele entweder kaum erschwinglich oder wird aufgrund rassistischer Vorurteile der Vermieter*innen verwehrt. Es bleiben staatliche Sozialwohnungen in abgelegenen und als Ghetto stigmatisierten Vierteln der Großstädte, wie etwa El Puche in Almería

oder Doscientas Viviendas in Roquetas de Mar. Diese werden von städtischen Infrastrukturen wie Personennahverkehr, Müllentsorgung, Strom oder Straßenbeleuchtung zeitweise oder dauerhaft abgeschnitten. Wer weder hier, noch in den eingangs erwähnten *chabolas* wohnt, wird nicht selten in von den Chef*innen bereitgestellten Schuppen, Garagen oder ehemaligen Bauernhäusern auf abgelegenen Betriebsgeländen untergebracht. Dabei ist es üblich einen - oftmals überzogenen - Teil des Lohns als Miete einzubehalten.

Die Menschen sind darauf angewiesen, sich eigenständig etwa mit Wasser oder Strom zu versorgen. Oftmals ist das illegale Anzapfen öffentlicher Leitungen die einzige Möglichkeit. Ebenso wie die Errichtung oder das Bewohnen der informellen *chabola*-Siedlungen sind diese Praktiken den Behörden bekannt und werden weitestgehend geduldet. Dennoch kommt es gelegentlich zu Räumungen oder Ahndungen. Die migrantischen Arbeiter*innen sind sowohl in der Produktions- als auch in der Reproduktionssphäre der permanenten Unsicherheit ausgesetzt, dass ihnen ihre Lebensgrundlage entzogen werden könnte.

Diese Erfahrungen von Ausgrenzung und Ausbeutung werden begleitet von Alltagsrassismus in verschiedenen Ausdrucksformen, sei es die Verweigerung von Dienstleistungen, Beleidigungen, Einschüchterung, Geringschätzung, bis hin zu Übergriffen. Zwar sind große Teile der spanischen Mehrheitsgesellschaft in Almería nicht explizit feindselig und in Teilen auch empathisch oder solidarisch

gegenüber den migrantischen Arbeiter*innen eingestellt. Andererseits sind die Wahlkreise im Plastikmeer in den letzten Jahren zur spanienweiten Hochburg der neuen rechtsradikalen VOX Partei geworden, die hier deutlich rassistische Diskurse befördert. Bei den letzten Wahlen ging sie hier vielerorts mit einem Drittel der Stimmen und mehr als stärkste Kraft hervor. Dies ist Teil einer rassistischen Kontinuität, die schon bei den pogromartigen Ausschreitungen im Februar 2000 schmerzhaft deutlich wurde [→20 Jahre nach dem Pogrom S.10]. Darüber hinaus werden rassistische sowie sexistische Vorstellungen unter den Arbeiter*innen von den Chef*innen und Vorarbeiter*innen ausgenutzt, um die Belegschaften zu spalten und Hierarchien zu fördern.

Die Bedingunden und Widersprüche, in denen sich die migrantischen Arbeiter*innen in der Region um Almería wiederfinden, ließen sich noch viel detaillierter beschreiben. Zwischen Wut, Resignation und Indifferenz keimen jedoch auch immer wieder Versuche von Protest, Selbstorganisation und Widerstand [→Arbeitskampf S.18].

FURTHER READINGS

Zu Immigration, Segregation und politischer Ökonomie in Almería
diverse Publikationen
von Ángeles Arjona Garrido, Juan Carlos Checa Olmos und Francisco Checa Olmos (Universität Almería) sowie José Francisco Jiménez Díaz (Universität Pablo de Olivade)

*Zu Migrationsstrategien und Alltagsleben der migrantischen Arbeiter*innen*
Felix Hoffmann (2017):
Zur kommerziellen Normalisierung illegaler Migration. Akteure in der Agrarindustrie von Almería, Spanien
Bielefeld: transcript Verlag

Zu migrantischer Arbeit in der industriellen Landwirtschaft in Almería im globalen Kontext
Jörg Gertel und Sarah Ruth Sippel (Hrsg. 2014):
Seasonal Workers in Mediterranean Agriculture: The Social Costs of Eating Fresh
London: Routledge